

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 12. Dezember 2011, 17.00 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 48 und 49 vom 1. und 8. Dezember 2011 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden über dies durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsident	Herr Keller Hansjörg
Stimmzähler	Herren Rosser Bruno und Sägesser Heinz
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Aeschlimann Martin, Berger Stefan, Biedermann Peter, Bucher Theophil, Burkhard Georg, Burri Maja, Dubach Roland, Eberhard Werner, Fankhauser Larissa, Gerber Thomas, Gnehm Urs, Heimgartner Gaby, Ingold Rolf, Jakob Beat-U., Kalbermatten Susanne, Kummer Brigitte, Kuster Müller Beatrice, Leibundgut Remo, Meier Christine, Messerli Niklaus, Niederhauser David, Penner Nadaw (ab Traktandum 4), Pfister Urs, Rappa Francesco, Righetti Sandro, Ritter Michael, Rüfenacht Andrea, von Arb Peter, Walter Grimm Inès, Weber Werner, Wyss Christoph und Zaugg-Jost Christine
Entschuldigt	Damen und Herren Aeschbacher Yves, Bachmann Véronique, Haller Dieter, Muster Adrian und Pieren Nadja
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Kolb Martin, Kummer Hugo, Probst Andrea, Rechner Beatrix, Urech Peter, Wisler Albrecht Annette und Zäch Elisabeth
Entschuldigt	-
Stadtschreiber	Herr Schenk Roman
Auskunftsperson	-
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 7. November 2011	Seite	3
2. Informationen des Stadtratspräsidenten	Seite	3
3. Informationen aus dem Gemeinderat	Seite	3
4. Teilrevision Gemeindeordnung	Seite	4
5. Änderung Reglement über die Urnenwahlen und –Abstimmungen (AbstimmungsR)	Seite	9
6. Bernstrasse, Abschnitt Jungfraustrasse bis Gebrüder-Schnell-Terrasse Sanierung Strasse Sanierung Kanalisation	Seite	9
7. Nachkredit zur Jahresrechnung 2011 – PG 32 Verkehrsordnung	Seite	11
8. Orientierungen GPK a) Verwaltungskontrolle b) Datenschutz	Seite	12
9. Auftrag SP / GFL / EVP Fraktion betreffend Beitritt der Localnet AG zum Wirtschaftsverband „SwissCleanTech“	Seite	14
10. Dringliche Interpellation Michael Ritter (GLP) betreffend Schutzwürdigkeit der Markthalle	Seite	14
11. Dringliche Interpellation SP-Fraktion betreffend Zukunft der PRE	Seite	14
12. Wahl des Stadtratsbüros für das Jahr 2012 der Präsidentin / des Präsidenten der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten von 2 Stimmenzähler	Seite	15
13. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Seite	17

* * *

Verhandlungen

Appell

Der durch den Stimmenzähler Sägesser Heinz durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 34 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadtrat Penner Nadaw trifft im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keinerlei Änderungsanträge.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 7. November 2011

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 7. November 2011.

2. Informationen des Stadtratspräsidenten

Stadtratspräsident Keller Hansjörg begrüsst die Anwesenden zur heutigen Stadtratssitzung.

Der Vorsitzende informiert, dass heute drei Stadratsmitglieder das letzte Mal im SR dabei sind. Stadträte Aeschlimann Martin, Eberhard Werner und Keller Hansjörg haben ihre Demission per 31. Dezember 2011 eingereicht. Der Vorsitzende dankt ihnen für das Engagement und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute. Im weiteren teilt der Vorsitzende mit, dass am 24. Januar 2012 für den SR und die politischen Parteien die Informationsveranstaltung zum neuen Leitbild stattfindet. Die Veranstaltung ist freiwillig. Der SR wird gebeten, den Termin vorzumerken. Der Vorsitzende hat bewusst am Ende des Jahres auf eine kulturelle Einlage an der Ratssitzung verzichtet. Zuerst erfolgt die Arbeit, dann das Vergnügen. Im Anschluss trifft man sich zum gemütlichen Teil im Restaurant Casino.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth informiert über die Wahl von Rechner Beatrix zur Vize-Stadtratspräsidentin 2012, über die Regionalkonferenz Emmental, den Campus Burgdorf sowie die Weihnachtskarte der Stadt Burgdorf. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass der Gemeinderat (GR) an der heutigen Sitzung Gemeinderätin Rechner Beatrix als Vize-Stadtratspräsidentin 2012 gewählt hat. Gemeinderätin Rechner Beatrix wird infolge Amtszeitbeschränkung per Ende 2012 aus dem GR austreten. Gemeinderätin Rechner Beatrix und Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth werden dieses Jahr mit viel Frauenpower angehen. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth verweist auf die abgegebenen Unterlagen betreffend Regionalkonferenz Emmental. Am 11. März 2012 findet die wichtige Abstimmung dazu statt. An der nächsten Sitzung wird der SR über die Vorteile der Regionalkonferenz Emmental informiert. Der GR hat sich immer positiv zur Regionalkonferenz Emmental geäußert und wird dies nochmals entsprechend bestätigen. Von den insgesamt 42 Gemeinden hat nur eine Gemeinde Vorbehalte angebracht. Die Meinung der Gemeindepräsidenten und der Gemeinderäte ist nicht das gleiche wie die des Volkes, welche noch darüber abstimmen müssen. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass der SR alle Unterlagen zum Campus Burgdorf jeweils erhalten hat. Im Moment laufen die Arbeiten in der vorberatenden Kommission des Grossrates. Man versucht, sich dort gut zu positionieren. Die Expertise zum Campus Burgdorf der Stadt Burgdorf liegt vor und kann bei Frau Henzi Brigitte bezogen werden. Die Unterlagen sind ebenfalls auf der Homepage www.campus-burgdorf.ch aufgeschaltet. Dem SR wurde zudem die diesjährige Weihnachtskarte der Stadt Burgdorf verteilt. Es gibt nichts Schöneres als wenn man über eine Weihnachtskarte diskutiert. Die Weihnachtskarte gefällt oder gefällt nicht. Die Hauptsache ist jedoch, dass die Stadt Burgdorf ihre Weihnachtskarte hat.

4. Teilrevision Gemeindeordnung

Stadtratspräsident Keller Hansjörg stellt die Eintretensfrage. Gemäss stillschweigen ist das Eintreten unbestritten. Der Vorsitzende orientiert über das weitere Vorgehen. Zuerst wird den Sprechern von GPK und GR das Wort erteilt. Danach wird festgelegt, wie es im Detail weitergeht.

Stadtrat Rappa Francesco, namens der GPK, informiert, dass dieses Geschäft die GPK bereits kurz nach Erhalt der Unterlagen beschäftigt hat, das heisst, bevor die GPK am 24. November 2011 wie üblich tagte, liefen die Telefone schon heiss. Deshalb wurde der Sekretär der GPK, Herr Kettiger Daniel, gebeten, kurzfristig eine Vorprüfung der Vorlage vorzunehmen, insbesondere hinsichtlich der Antragstellung durch den GR. Herr Kettiger Daniel hat diesem Wunsch entsprochen und seine Sicht der Dinge formuliert. Diese Vorprüfung hat der GPK geholfen, das Geschäft als Ganzes effizienter beurteilen zu können und bei der Anhörung die entsprechenden Fragen zu stellen. Wichtig aber ist die Tatsache, dass die GPK eine erste Fassung erhalten hat. Ergänzt mit den Angaben von Herrn Kettiger Daniel konnten sich anschliessend die Mitglieder der GPK erschöpfend damit auseinandersetzen und Fragen durch die Stadtpräsidentin und den Stadtschreiber beantworten lassen. Diese erste Fassung gab dann bei der Anhörung auch viel zu reden. Dabei ging es vor allem um den Inhalt, respektive die Art und Weise der Formulierungen und der Antragsstellungen des GR. Die GPK bat im konstruktiven Sinne die Vorlage dahingehend anzupassen. Im Gegensatz zur GPK hat der SR innerhalb der Fraktionen nicht die Möglichkeit von den zusätzlichen Erklärungen des GR oder der Verwaltung zu profitieren. Das Geschäft wird viel mehr als einseitige Übermittlung des GR an den SR wahrgenommen. Dies kann dann zu Missverständnissen führen. Genau dies wollte die GPK verhindern und bat die Stadtpräsidentin und den Stadtschreiber die Vorlage anzupassen. Unabhängig vom Inhalt und der Komplexität dieser ersten Vorlage wurde aber von der GPK klar festgehalten, dass das Geschäft, auch in dieser ersten Form, dem SR überwiesen werden kann. Die konstruktive Kritik der GPK wurde ernst genommen und die Vorlage überarbeitet. Diese überarbeitete Vorlage wurde anlässlich der gemeinsamen Sitzung des GR und der GPK vom 28. November 2011, welche ja zweimal jährlich stattfindet, nochmals behandelt. Dafür wird dem GR gedankt. Der GR beweist damit, dass er mit konstruktiver Kritik umgehen kann und den SR ernst nimmt. Der SR ist nun also im Besitz der revidierten Vorlage. Diese Vorlage wurde um zwei Seiten gekürzt. Formal ist die Vorlage korrekt und kann so dem SR nun eben vorgelegt werden. Die GPK hat ihre Pflicht wahrgenommen und darüber hinaus im konstruktiven Sinne dem GR die nötigen Inputs übermittelt. Der SR hat nun die politische Debatte zu führen, dies ist nicht Sache der GPK.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth dankt der GPK für das konstruktive Gespräch. Das Vorgehen war richtig und führte zu der vorliegenden Vorlage. Bei den Finanzkompetenzen handelt es sich um ein Geschäft, wo man mehrheitlich nicht einig ist. Der SR richtet einen anderen Blick darauf als es der GR macht. Das liegt halt in der Natur der Sache beziehungsweise der Vorlage. Es wird nicht auf die Nachteile der Kompetenzänderung aus Sicht des GR hingewiesen. Die Vorlage zeigt die Argumente des GR genau und detailliert. Die Vorlage des GR hat zu Unmut geführt, weil sich der GR ausführlich mit dieser Frage auseinandergesetzt hat und seine Argumente zur Beschneidung der Finanzkompetenz auf den Tisch legt. Dieser Vorwurf ist unverständlich. Es ist doch die Pflicht und das Recht des GR auf Defizite eines Geschäftes hinzuweisen. Warum warnt der GR vor der Kompetenzänderung? Das politische System ist logisch und stark strukturiert nach den Grundsätzen von NPM. Die Exekutive ist das Führungsorgan in diesem System und soll dafür auch die Verantwortung übernehmen. Dafür braucht es schlanke Entscheidungswege. Die heutige Finanzkompetenz ist ein Puzzleteil dieser Philosophie. Dem Parlament wurde in diesem Rahmen zusätzliche Finanzkompetenzen übergeben. Das obligatorische Referendum wurde abgeschafft. Der SR konnte dadurch in eigener Kompetenz die Pestalozzianlage und die Eishalle bewilligen. Das ist auch gut so, denn der SR ist nahe am Prozess und kann sich stark mit der entsprechenden Vorlage auseinandersetzen. Ob der Entscheid durch eine Volksabstimmung besser geworden wäre, ist anzuzweifeln. Diese Aussage bezieht sich auch auf die Finanzkompetenz zwischen GR und SR. Diese ist in einer sinnvollen Balance. Zudem bringt NPM zusätzliche parlamentarische Einflussmöglichkeiten. Der SR steuert über Wirkungen und die Arbeit des Parlamentes ist wesentlicher und strategischer geworden. Die Detaildiskussionen werden vermieden und konzentrieren sich auf grössere Linien. Aus diesen Gründen würde die Kompetenzänderung einen Rückschritt bedeuten und wäre für das politische Handeln hindernd und nicht vorwärts gerichtet. Zudem wäre es um einiges ineffizienter. Man hört häufig, dass die Politik unternehmerisch handeln, sich an die aktuellen Bedürfnisse richten, rechtzeitig reagieren und Antworten parat haben sowie gut und schnell reagieren muss. Jede weitere Stadtratsvorlage bedeutet mehr Aufwand in der Verwaltung, braucht mehr Leute und der Entscheidprozess dauert rund sechs Mal länger. Ist das modern und effizient? Der GR findet nein. Die heutige Finanzkompetenz hat sich bewährt. Ein Aspekt muss in

diesem Zusammenhang herausgelöst werden und zwar die Fr. 100'000.-- für Projektierungskredite. Dies ist das schwierigste am Auftrag. Die Projektierungskredite erlauben eine vertiefte Prüfung der Geschäfte, das Geschäft rasch aufzunehmen und Abklärungen zu machen. Solche Projektierungskredite werden häufig im Rahmen von Fachgesprächen ein erstes Mal diskutiert. Man wiegt die Vor- und Nachteile ab und diskutiert dies je nach dem noch in einer beratenden oder begleiteten Kommission. Am Schluss entscheidet der GR über den Projektierungskredit. Die Projektierungskredite sind aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht Stadtratsreif. Ein Projektierungskredit wird lanciert, um dem SR eine saubere und gute Entscheidungsgrundlage vorzulegen. Der SR wird deshalb dringend gebeten, dem GR diesen Spielraum zu belassen. Der GR soll schlank, flexibel und unternehmerisch handeln können. Der GR will die Stadt Burgdorf effizient in die Zukunft führen. Es soll das ganze Kompetenzsystem betrachtet und ein ausgewogener Weg gewählt werden.

Stadtratspräsident Keller Hansjörg informiert über das weitere Vorgehen. Je nach Stadtratsentscheid in den Artikeln 18, 60, 61 und 62 ergeben sich am Schluss unterschiedliche Anträge. Der GR hat bereits auf der Seite 10 mögliche Beschlussformulierungen aufgeführt. Aus diesem Grund soll zuerst die Grundsatzdebatte geführt werden und im Anschluss erfolgt die Artikelweise Behandlung. Zuerst wird die Kompetenz des GR und danach die Kompetenz des SR behandelt. Die Beschlussanträge erfolgen am Schluss.

Stadträtin Rüfenacht Andrea, namens der SP-Fraktion, informiert, dass bevor der GR die Teilrevision der GO zur Finanzkompetenz dem SR vorlegt, er strategisch elegant an der letzten Sitzung ein Budget präsentiert, mit welchem fast alle gänzlich zufrieden waren. Dies war nicht immer der Fall. In den Jahren davor erschien es notwendig, die Finanzen in intensiven, auch für die Parlamentarier sehr arbeitsintensiven, Diskussionen, die unter anderem Verzichtsplanung genannt wurden, in speziellen Kommissionen gesondert nochmals anzuschauen. Im März 2010 war die SP-Fraktion der Meinung, dass es mehr Sinn macht, die Verteilung der Finanzkompetenzen zwischen SR und GR im Parlament grundsätzlich neu zu diskutieren. Die SP-Fraktion hat ihre Vorstellung explizit als Auftrag eingereicht, damit alle Parteien Detailanpassungen vornehmen konnten. Dies ist auch geschehen und ein angepasster Auftrag des Parlaments zur Teilrevision der GO wurde dem GR erteilt. Die heutige Vorlage des GR zitiert ab Punkt 4 seine eigene, unverändert ablehnende und dazu vor allem die damalige Minderheitenmeinung im Parlament. Es gab aber auch eine Mehrheitsmeinung, die zusammen mit der Überweisung des Auftrags dem GR zu Gehör gebracht wurde. Dies ist in der Vorlage nicht Teil der Erwägungen und muss deshalb nochmals punktuell dargestellt werden. Die Tatsache, dass die Erhöhung der Finanzkompetenz des GR vor zehn Jahren sehr hoch war, führte dazu, dass die Reduktion als markant erscheint und deshalb als überdurchschnittlichen Eingriff in die Kompetenz des GR dargestellt wird. Dem ist nicht so, die Anpassung gegen unten führte zu einer normalen Grössenordnung der Finanzkompetenz des GR. Der Vergleich mit anderen Gemeinden ist legitim. Der GR beschreibt diese Gemeinden insgesamt als völlig veraltet, die in rückschrittlichen Strukturen verharren. Parlamentarier aus den erwähnten Gemeinden waren erstaunt über diese Beurteilung ihrer Kompetenzordnungen durch den Burgdorfer GR und teilen dessen Meinung keineswegs. Diese Gemeinden sind nicht bekannt für ein besonders investitionsfeindliches Klima, sie sind sehr wohl in der Lage, sich zu entwickeln. Bei der Vorbereitung des Auftrages erhielten wir auf Anfrage die Zahl 8, dies wären die zusätzlichen Geschäfte für den SR gewesen, berechnet mit den Anzahl Geschäften für 2008 und 2009. Diese Zahl wurde in der Debatte zur Illustration erwähnt. Diese Zahl war nicht richtig, es sind nun doch deren 12. Bei der Stellungnahme des GR zum Auftrag waren 16 Geschäfte aufgeführt. Soweit ein kleines Beispiel zur Informationslage, mit welcher wir als Parlamentarier und Parlamentarierinnen arbeiten. Die Frage der Effizienz wurde in der ursprünglichen Antwort des GR zum Auftrag interessanterweise nur nebenbei erwähnt. Nun haben wir genaue Zahlen zur Mehrarbeit des Parlaments erhalten. Die SP-Fraktion ist gerne bereit diese Effizienz zu leisten, öffentlich im Parlament und nicht in Spezialkommissionen. Die Transparenz wird markant erhöht, indem auch die Kosten dafür deklariert werden, was für die Spezialkommissionen jeweils nicht möglich war. Ein paar Aussagen in der Vorlage sind komisch. Politische Entscheide müssen nicht hauptsächlich sehr effizient erfolgen, sondern müssen mit gleicher Wichtigkeit transparent und breit abgestützt sein. Die Aussage, dass sich die Qualität der Finanzentscheide nicht bessert, konnte nirgends gefunden werden, auch nicht in den protokollierten Minderheitsvoten. Die Aussage war, dass auch kleinere Finanzgeschäfte breiter diskutiert und abgestützt werden könnten. Eine eindeutige Steigerung der Qualität politischer Entscheide. Das Parlament ist nicht sparsamer als die Regierung, aber die zusätzliche Transparenz führt zu mehr Vorsicht im Umgang mit den Finanzen. Damit kam immerhin die Hälfte der Aussage beim Adressaten an. Der SR bestätigt laut Protokoll, dass kein Anlass zu Misstrauen gegenüber dem GR gegeben ist, sehr wohl aber zu mehr Kontrolle und das ist nicht dasselbe. Dies wurde von verschiedenen Leuten bei der ursprünglichen Debatte bereits mehrmals erwähnt. Planungen sind unserer Meinung nach Entscheide mit strategischer Bedeutung, die angepeilten Zeiträume sind meist so gross, dass das

Wort Tagesgeschäft dafür nicht passt. Projektierungskredite können vom GR in seiner normalen Finanzkompetenz von Fr. 100'000.-- beschlossen werden. Wieso und in Vergleich wozu diese Grenze unverhältnismässig sein soll, wird vom GR nicht erläutert. Der Betrag erscheint verhältnismässig in Bezug auf die finanziellen Möglichkeiten dieser Stadt. Steigende kantonale Abgaben bei maximal gleichbleibenden Einnahmen und einem strukturellen Defizit von jährlich 3 Mio. Franken, wie wir an der letzten Sitzung zur Kenntnis nehmen mussten. Grössere sinnvolle Projektierungskredite, welche vom SR mitgetragen werden, sind für den GR eine wichtige Unterstützung in seiner qualitativ hochstehenden Arbeit. Die Festlegung der Finanzkompetenz der GR auf ein normales Mass führt zu mehr Transparenz und einer verbesserten, breiteren politischen Abstützung der Geschäfte. Deshalb ist die Teilrevision der GO, wie vom SR in Auftrag gegeben, richtig und notwendig. Eine Änderung der Finanzkompetenz des SR war nicht Teil dieses Auftrags, weil keine breite Diskussion dazu stattfand, es kamen auch keine anderweitigen Signale, wie zum Beispiel Referenden aus finanztechnischen Gründen, in diese Richtung. Die SP-Fraktion lehnt deshalb diesen Vorschlag des GR klar ab und fordert, dass Artikel 18 und 60 bei der Teilrevision der GO nicht berücksichtigt werden. Der SP-Fraktion wurde zugesichert, dass über die Artikel einzeln abgestimmt wird, so dass die SP-Fraktion die Variante 2 gutheissen, die Artikel 18 und 60 in Punkt 2 aber ablehnen wird.

Stadtrat Gnehm Urs, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass man sich in einer lebhaften Diskussion mit dem vorliegenden, etwas umfangreichen Papier, auseinandergesetzt hat. Etwas erstaunt wurde festgestellt, dass der GR trotz drei Varianten keine Lösung vorschlägt, welche exakt dem ursprünglichen Auftrag des SR entspricht. Die BDP-Fraktion begrüsst aber den seinerzeitigen Auftrag des SR und nimmt im Antrag den Punkt 1 an und befürwortet auch die Änderungen in den Artikeln 61 und 62 mit der Finanzbeschneidung des GR. Sogar mit den Änderungen in Artikel 18 und 60, also der obligatorischen Volksabstimmung bei Finanzgeschäften grösser als 5 Mio. Franken, kann sich die BDP-Fraktion grundsätzlich einverstanden erklären. Dies aber nicht etwa aus der Optik der Opfersymmetrie, sondern, weil mit diesem Vorgehen die Bürgerinnen und Bürger bei Grossprojekten direkt mit einbezogen werden und danach solche Vorhaben entsprechend breit abgestützt sind. Unter dem Aspekt, dass in den letzten zehn Jahren nur vier Projekte über 5 Mio. Franken bewilligt wurden, scheint auch der Aufwand dafür vertretbar. Die BDP-Fraktion unterstützt somit Variante 2 der möglichen Beschlussformeln.

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP-Fraktion, orientiert, dass die Anträge, wie diese seinerzeit beim Auftrag der SP-Fraktion besprochen wurden, unterstützt werden. Die Sprecherin der SP-Fraktion hat die wichtigsten Punkte in ihrem Votum bereits erläutert. Das Wort Opfersymmetrie ist der SVP-Fraktion in den falschen Hals gekommen. Es ist eine Zwängerei und eine Art Trotzreaktion, wenn der SR ebenfalls in seiner Finanzkompetenz beschränkt wird. Die Entscheide des SR unterstehen vielfach dem fakultativen Referendum. Das System funktioniert, wie es zum Beispiel die Sanierung und der Umbau der Scheunenstrasse gezeigt haben. Das Referendum wurde ergriffen und das Volk hat den Entscheid verworfen. Das System funktioniert bestens und es muss kein obligatorisches Referendum eingefügt werden. Bei den Projektierungskrediten kann man sich über den Betrag von Fr. 100'000.-- streiten. Für die SVP-Fraktion ist jedoch eine halbe Million Franken zu viel. In diesem Zusammenhang wird an das Projekt Schmiedengasse Süd erinnert. Vom GR wurden Fr. 480'000.-- für Projektierungen gesprochen und es wurde viel erarbeitet, aber von all dem ist bis heute nichts sichtbar. Deshalb wird die SVP-Fraktion diesen Punkt unterstützen.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass wer am 29. März 2011 davon ausging, die inhaltliche Diskussion rund um den frisch überwiesenen SP-Auftrag, ergänzt mit den Änderungen der FDP, sind nun bereinigt, sieht sich heute getäuscht. Der Auftrag des SR mit Weisungscharakter wird vom GR nicht sachlich konsequent und mit professioneller Distanz umgesetzt. Wenn man die Vorlage durchliest, ist unschwer erkennbar, dass sich der GR immer noch an der Beschneidung seiner Finanzkompetenz schwer tut. Für die EVP-Fraktion ist dies ein Stück weit verständlich. Wenn der Verwaltungsrat einer Firma die Kompetenzen der operativen Geschäftsführung zurücknimmt, geschieht dies bestimmt nicht ohne Nebengeräusche. Es kann bis hin zu Personalmutationen führen. So gesehen, hätte man durchaus Verständnis, wenn sich einzelne Mitglieder des GR überlegen, ob sie bei den geänderten Anstellungsbedingungen weiterhin mitarbeiten wollen. Nebst der nüchternen geschäftspolitischen Seite der Vorlage werden auf beiden Seiten, auch emotionale Aspekte berührt. Die Herabsetzung von Kompetenzen kann Verunsicherung und Misstrauen auslösen. Dabei geht es der Mehrheit des SR vermutlich nicht um ein Misstrauen gegenüber dem GR. Auch wenn nicht alle Aktionen in der bisherigen Finanzkompetenz des GR erfolgreich verliefen, ist aus Sicht der EVP-Fraktion das Gesamtbild stimmig. Die Kompetenzkorrektur ist kein Misstrauensvotum. Die Gründe für die Korrektur könnten denn auch mehr mit dem SR als dem GR zusammenhängen. Aus Sicht der EVP-Fraktion hat nämlich der SR den Systemwechsel der GO 2001 mit dem neu geschaffenen

Gefüge, bestehend aus operativer und strategischer Ebene, zwar inhaltlich adaptiert, jedoch emotional nicht wirklich nachvollzogen. Es dauerte auch einige Jahre bis der SR die inhaltlichen Steuerungsoptionen mit Leistungs- und Wirkungszielen zu nutzen begann. Die Entlastung des SR von den operativen Entscheiden führte in den vergangenen Jahren vermehrt zu Sitzungen, bei denen die Stadträtinnen und Stadträte sich hinterher fragen mussten, was sie ausser den eigenen Vorstössen sonst noch behandeln würden. Daneben rauschte das gemeinderätliche Geschäft auf Hochtouren. Soweit ein Erklärungsversuch über noch andere mögliche Hintergründe für die vorliegende Kurskorrektur. Die EVP-Fraktion bleibt jedenfalls bei ihrer Position und unterstützt nach wie vor den Wortlaut des überwiesenen Auftrages. Die EVP-Fraktion sieht gerade in Zeiten der öffentlichen Finanzknappheit die Kompetenzkorrektur als Chance, gemeinsam die Ausgabenseite der Stadt Burgdorf politisch breiter abzustützen. Sehen wir uns doch nicht auf getrennten Seiten, hier der GR, da der SR, hier Fr. 100'000.-- mehr, da Fr. 100'000.-- weniger, sondern als Team mit den gleichen Interessen für unsere Stadt. Nun aber genug zu den inhaltlichen Aspekten der Vorlage. Es gibt noch einige kritische Anmerkungen zur Art und Weise der Umsetzung eines überwiesenen Auftrages. Der Auftrag wurde am 29. März 2010 mit 22 zu 15 Stimmen vom SR überwiesen. Der überwiesene Auftrag hatte Weisungscharakter. Nun legt der GR dem SR eine Vorlage vor, die im Antrag die Kernpunkte des Auftrages nicht enthält und damit den Wortlaut des Auftrages in keiner Weise berücksichtigt. Quasi als Trotzreaktion wird die Teilrevision der GO noch mit der Änderung des Artikels 18 angereichert, welche ein obligatorisches Referendum und damit eine Herabsetzung der stadträtlichen Finanzkompetenz bedeuten würde. Als Stichwort wird von Opfersymmetrie gesprochen, man könnte auch sagen: „wie du mir, so ich dir!“. Für unseren Geschmack hat der GR damit den Bogen eindeutig überspannt. In einigen überwiesenen parlamentarischen Vorstössen steckt doch eine Niederlage des GR. Es gehört jedoch zum Wesen unserer Demokratie, dass eine Exekutive auch gegen ihren Willen einen Vorstoss umsetzen können muss. Wir vertrauen darauf, dass wir in Zukunft unsere zeitlichen Ressourcen nicht für die Nichtumsetzung der Vorstösse verwenden müssen. Denn sonst steigt der Aufwand für das Aktenstudium über die budgetierten 0.5 Stunden. Die finanziellen Auswirkungen können sie sich denken.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, informiert, dass man noch bei keinem Geschäft einen solch regen Mailverkehr hatte. Für die GFL-Fraktion ist eine freiheitliche auf Vertrauen basierende gemeinsame Politik ein Grundanliegen. Mit der Erhöhung der Finanzkompetenz hat man dem GR das Vertrauen gegeben. Die GFL-Fraktion unterstützt die Voten der anderen Fraktionen. Die GFL-Fraktion hält am bisherigen Sinn des Vorstosses fest. Die GFL-Fraktion sieht die Notwendigkeit der Einführung des obligatorischen Finanzreferendums, weil mit der Möglichkeit des fakultativen Referendums auch das Volk weiterhin mitsprechen kann. Die GFL-Fraktion wird sich der Mehrheitsmeinung anschliessen.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass bei der damaligen Änderung der GO die Finanzkompetenzen überhaupt kein Thema waren. Es standen andere Themen wie Jobsharing des Stadtpräsidiums oder Jugendpetition zur Diskussion. Es war bereits damals ersichtlich, dass die Finanzkompetenz ziemlich grosszügig erfolgt ist. Mit der Einführung von NPM hat man gemerkt, wo man was steuern kann. Man hatte das Gefühl, dass ausser den eigenen Vorstössen nichts mehr im SR laufen würde. Dies ist verständlich und nachvollziehbar. Bei der Änderung der GO hat eine Volksabstimmung stattgefunden und es wurde eine Basis geschaffen. Gemeinderat Urech Peter nimmt Stellung zur Äusserung, dass in der Vorlage nur die Hälfte des Protokolls aufgeführt wurde. Die klaren Vorgaben wurden nicht übernommen, weil sonst die Vorlage noch länger geworden wäre als die erste Fassung. Es ist verständlich, dass man Mühe hat, wenn der GR den Auftrag nicht unterstützt. Der GR hat dem Auftrag entsprochen und die verschiedenen Varianten aufgeführt. In der Vorlage muss die Meinung und Haltung des GR zu den einzelnen Punkten enthalten sein. Es ist keinesfalls ein Misstrauensvotum. Der GR fühlt sich nicht persönlich bedroht. Der GR wird den Beschluss des SR akzeptieren.

A B S T I M M U N G

Artikel 63

Die Finanzkompetenz des Gemeinderates von Fr. 500'000.-- reduzieren.

Der Stadtrat stimmt mit 34 Ja und 1 Nein Stimmen der Reduktion zu.

Artikel 63, Absatz 3

Neue einmalige Ausgaben bis 300'000.-- Franken.

Der Stadtrat stimmt mit 34 Ja und 1 Nein Stimmen dem Artikel 63, Absatz 3 zu.

Absatz 3a

Einführung des neuen Absatzes 3a.

Der Stadtrat stimmt mit 34 Ja Stimmen und 1 Enthaltung der Einführung zu.

Neue einmalige Ausgaben für Projektierungen bis 100'000.-- Franken.

Der Stadtrat stimmt mit 34 Ja Stimmen und 1 Enthaltung dem neuen Absatz 3a zu.

Absatz 8

Kreditabrechnungen bis 300'000 Franken.

Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Absatz 8 zu.

Artikel 61

Absatz 3

Neue einmalige Ausgaben über 300'000 Franken bis 1 Million Franken.

Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Absatz 3 zu.

Absatz 8

Kreditabrechnungen über 300'000 Franken.

Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Absatz 8 zu.

Artikel 60

Absatz 2

Neue einmalige Ausgaben über 1 Million Franken.

Der Stadtrat stimmt mit 34 Ja und 1 Nein Stimmen dem Absatz 2 zu.

Beschlussanträge:

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von den Änderungen in den Artikeln 9 Abs. 2, 14 Abs. 1 und 3, 17, 19 Abs. 3, 30 Abs. 2, 65 Abs. 4, 67 Abs. 1 sowie 69 Abs. 2 und 3, die in der Kompetenz des Gemeinderates liegen.
2. Die beschlossenen Änderungen der Artikel 61 und 62 der Gemeindeordnung vom 26. November 2000 werden genehmigt.

Der Stadtrat genehmigt mit 34 Ja und 1 Nein Stimmen die Beschlussanträge.

5. Änderung Reglement über die Urnenwahlen und –Abstimmungen (AbstimmungsR)

Stadtratspräsident Keller Hansjörg stellt die Eintretensfrage. Gemäss stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK und des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP-Fraktion, informiert, dass im GPK-Protokoll festgehalten wird, dass gemäss Stadtschreiber Schenk Roman die Listen neu nicht fortlaufend nummeriert, sondern die Nummerierung ausgelost werden soll. Diese Änderung ist im Reglement nicht aufgeführt. Wie ist man auf diesen Praxiswechsel gekommen und wie wird dieser begründet? Die Parteien, welche sich um die Listen und Abgabetermine bemüht haben, haben die entsprechende Nummer erhalten. Die SVP-Fraktion möchte dies so weiterführen.

Gemeinderätin Rechner Beatrix teilt mit, dass man bei den letzten Wahlen die Parteipräsidenten im Frühling eingeladen und das Vorgehen diskutiert hat. Es wurde der Wunsch geäußert, dass die Nummerierung ausgelost wird. An einer zweiten Sitzung vor den Wahlen wurde die Nummerierung ausgelost. Im Anschluss an die Auslosung fand ein Apéro statt.

Detailberatung

(Artikel ohne Bemerkungen werden nicht aufgeführt.)

Artikel 56

Stadtrat Säggerer Heinz hat eine Verständnisfrage zur alphabetischen Reihenfolge. War es immer so oder ist dies nun eine Änderung?

Stadtschreiber Schenk Roman informiert, dass die Abschaffung der ausseramtlichen Wahlzettel eine Regelung für die Gestaltung der Wahlvorschläge erfordert.

Beschlussanträge:

1. Der Gemeinderat wird mit der Durchführung der obligatorischen Volksabstimmung betreffend die Artikel 10, 30, 32, 34, 37, 40, 55, 56, 56a (neu) und 58 des Abstimmungsreglements beauftragt.
2. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der formellen Anpassung in den Artikeln 6, 9, 19, 29, 36, 39, 55 und 59, die in der Kompetenz des Gemeinderates liegen.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Beschlussanträge.

6. Bernstrasse, Abschnitt Jungfraustrasse bis Gebrüder-Schnell-Terrasse Sanierung Strasse Sanierung Kanalisation

Stadtratspräsident Keller Hansjörg stellt die Eintretensfrage. Gemäss stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Kummer Hugo informiert, dass das vorliegende Geschäft jetzt und in Zukunft eine grosse Bedeutung für Burgdorf hat. Die Strasse war früher eine bedeutende Strasse und eine wichtige Verbindungsstrasse zwischen Burgdorf und Bern. Zu dieser Strasse müssen wir Sorge tragen. Es geht bei diesem Geschäft um die Sanierung der Bernstrasse im Abschnitt zwischen der Jungfraustrasse bis zur Gebrüder-Schnell-Terrasse und zugleich die Sanierung der Kanalisation. An der Volksabstimmung vom 27. November 2007 ging es um die Überbauungsordnung für die Umgestaltung der Scheunenstrasse, Bernstrasse und Schmiedenrain. Beim heutigen Geschäft geht es um die Sanierung der Bernstrasse und die Kanalisation. An der Strasse und am Trottoir bestehen nach wie vor erhebliche altersbedingte Mängel. Der Sanierungsbedarf ist offensichtlich und muss als dringend eingestuft werden. Die Sanierung beschränkt sich auf den heute zur Verfügung stehenden Strassenraum. In der Zeit vom 28. April bis 28. Mai 2010 ist darüber ein öffentliches Mitwirkungsver-

fahren durchgeführt worden. Dabei hat die vorgesehene Lösung eine breite Zustimmung erhalten. Es wurde ein Baubewilligungsverfahren durchgeführt. Einsprachen und Rechtsverwendungen sind keine eingegangen. Mit dem Gesamtbauentscheid vom 17. Februar 2011 hat das Regierungsstatthalteramt Emmental die Baubewilligung erteilt. In der GPK wurde gefragt, ob beim Projekt auch gespart wurde. Die Sparüberlegungen wurden ebenfalls gemacht. Im vorliegenden Projekt ist man auf die Reduzierung des Querschnittes eingegangen. Es wird nur auf einer Seite ein Trottoir geben. Vor dem Restaurant Freischütz hat man auf ein Trottoir verzichtet. Auf die Verlegung von Trottoirrandsteinen hat man verzichtet. Die Abgrenzungen werden mit Pflastersteinen gemacht analog Steinhofstrasse. Auf den Gemeindestrassen, die einen Lärmschutzsanierungsbedarf aufweisen, müssen gemäss Vorgaben von Bund und Kanton die notwendigen Sanierungsmassnahmen bis 2018 ausgeführt werden. Bis ins Jahr 2015 kann man noch mit Subventionsbeiträgen von 25% rechnen. Wie in der Vorlage erwähnt, ist der Einbau eines lärmarmen Belages vorgesehen. Im Lärmsanierungsprojekt Gemeindestrassen Burgdorf sind mit der Einführung von Tempo 30 wesentliche Kosteneinsparungen möglich. Bei Tempo 50 müssten Lärmschutzwände für rund Fr. 250'000.-- gebaut werden. Mit Tempo 30 kann die Stadt Burgdorf eine viertel Million Franken sparen. An der Brunnmattstrasse wurde deshalb ebenfalls Tempo 30 eingeführt. Beim Restaurant Freischütz müssen Lärmschutzwände gebaut werden. Zu einem späteren Zeitpunkt werden keine Subventionsgelder ausbezahlt. Zur Signalisation und den Markierungen sind ebenfalls Fragen aufgetaucht. Die Signalisation und Markierungen haben bei diesem Projekt lediglich hinweisenden Charakter. Massgebend für die Strassenverkehrsgrundgebung hat der SR dazu höchstens Empfehlungen mit Richtliniencharakter abzugeben. Der Linksabbieger beim Restaurant Carrera wird noch viel zu diskutieren geben. An dieser Stelle müssen die Gespräche mit dem Kanton erfolgen. Auf dieser Strasse will man keinen Schwerverkehr. Aus diesem Grund soll auch Tempo 30 eingeführt werden. Der Schwerverkehr soll auf der Hauptachse bleiben. Die Bauzeit erfolgt in sieben Phasen. Der Start ist bei der Brüder-Schnell-Terrasse. Der öffentliche Verkehr darf nicht vergessen gehen. Es wird Momente geben, wo der öffentliche Verkehr über die Oberburgstrasse umgeleitet werden muss. Die grössten Sorgen bereitet das Teilstück zwischen dem Restaurant Freischütz und der Jungfraustrasse. Dieses Teilstück wird in den Sommerferien saniert, wenn es am wenigsten Verkehr auf dieser Achse hat. Während dieser Zeit wird Tag und Nacht sowie am Wochenende gearbeitet. Wir müssen zu unseren Strassen Sorge tragen und das Problem nicht weiter hinaus schieben. Der GR hofft auf die Zustimmung des SR.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass man das Projekt klar unterstützt. Die Details wurden eingehend erläutert. Auf dieser wichtigen Strasse besteht ein dringender Sanierungsbedarf. Auch die Massnahmen zur Beruhigung des Verkehrs und zur Erhöhung der Sicherheit sind wirklich dringend. Es ist ein Glück, dass noch nie etwas Schlimmes passiert ist. Der Zustand der Strasse wird immer wie schlechter. Es ist ein Ort mit sensibler Nutzung. Es sind Kinder unterwegs und es ist ein Altersheim in der Nähe. Die Musikschule und Bibliothek werden von Kindern und Eltern rege benutzt. Für Fussgänger und Velofahrer ist diese Verbindung nicht attraktiv. Es ist deshalb völlig klar, dass man das Projekt unterstützt. Mit Tempo 30 erreicht man zudem eine Win-Win-Situation. Der Lärm wird reduziert und die Verkehrssicherheit wird erhöht. Mit Tempo 30 wird zudem die Durchflusskapazität erhöht. Für die GFL-Fraktion stellen sich zwei Fragen zur Intensivbauphase und der Beleuchtung. Die Intensivbauphase kostet mehr. Wie viel bringt diese Phase tatsächlich? Um wie viel verlängert sich die Bauphase ohne die Intensivbauphase? Burgdorf ist Energiestadt und will dies auch bleiben. Wie steht es mit der LED-Beleuchtung an dieser Strasse? Offenbar wurde dies bereits geprüft und man könnte umrüsten, aber wird dies auch tatsächlich realisiert? In der Schweiz nehmen diverse Energiestädte diese Umrüstung bereits vor. Burgdorf soll dies ernsthaft prüfen.

Gemeinderat Kummer Hugo informiert, dass die Intensivbauphase Mehrkosten verursacht. Die genauen Mehrkosten kann Gemeinderat Kummer Hugo im Moment nicht beziffern. Ohne Intensivbauphase dauert die Bauphase erheblich länger. Ein entsprechendes Verkehrschaos wäre vorprogrammiert. Deshalb hat man für die Intensivbauphase plädiert. Das wichtige Teilstück soll so schnell wie möglich umgesetzt werden und muss während den Sommerferien erfolgen. Es wäre sonst nicht tragbar. Die Detailkosten kann Gemeinderat Kummer Hugo bei Bedarf zustellen.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, möchte wissen, ob die Sommerferien ohne eine Intensivbauphase nicht ausreichen würden für die Sanierung.

Gemeinderat Kummer Hugo teilt mit, dass dem so ist. Die Anwohnerschaft wird rechtzeitig informiert. Es wird eine gleiche Beleuchtung wie an der Steinhofstrasse montiert. Eine Umrüstung auf LED bei diesem Lampentyp ist jedoch jederzeit möglich. Die Umsetzung ist noch nicht ganz klar, weil es noch andere, bessere Möglichkeiten gibt. Die Abklärungen laufen.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, möchte dies genauer geprüft haben und stellt deshalb den Antrag, dass bezüglich LED-Beleuchtung dem SR Bericht erstattet wird. Es soll aufgeführt werden, was dies tatsächlich kostet. Zudem sollen die Gründe, warum man es macht oder eben nicht, aufgeführt werden.

Antrag GFL-Fraktion
Berichterstattung an Stadtrat bezüglich LED-Beleuchtung

Stadtratspräsident Keller Hansjörg informiert, dass die GFL-Fraktion dies ohne Probleme in Form einer Interpellation machen kann.

Gemeinderat Kummer Hugo ist ebenfalls dieser Meinung. Die Abklärungen über die diversen Möglichkeiten laufen noch. Fachleute sagen, dass es noch andere und bessere Varianten gibt.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass der Antrag zurückgezogen wird.

Stadtrat Weber Werner, namens der BDP-Fraktion, informiert, dass die Anträge des GR einstimmig unterstützt werden. Die Sanierung ist schon lange nötig. Der Betrag von 2.455 Mio. Franken ist hoch. Die BDP-Fraktion hofft, dass keine Mehrkosten entstehen und ein Kredit beantragt werden muss. Zu den Finanzen muss Sorge getragen werden.

Gemeinderat Kummer Hugo orientiert, dass man nicht mehr Geld ausgeben wird als nötig. Im Moment läuft die Subvention. Die Preise sind im Moment tief und wenn das Projekt jetzt ausgeschrieben wird, können wir vielleicht positiv abschliessen.

Beschlussanträge:

1. Das Projekt für die Sanierung der Bernstrasse im Abschnitt Jungfraustrasse bis Gebrüder-Schnell-Terrasse wird genehmigt.
2. Für die Bauausführung der Strasse wird der bestehende Kredit „Sanierung Bernstrasse“ um den Ausführungskredit von Fr. 1'800'000 auf Fr. 1'820'000 erhöht (Rubrik 2400.501.04, Kostenstelle 10.2400.04)
3. Das Projekt für die Sanierung der Kanalisation Bernstrasse im Abschnitt Jungfraustrasse bis Gebrüder-Schnell-Terrasse wird genehmigt.
4. Für die Bauausführung der Kanalisation wird ein Kredit von Fr. 655'000 (Gesamtkosten ohne MwSt) bewilligt (Rubrik 2210.501.04, Kostenstelle 10.2210.04).
5. Die Beschlüsse der gesamten Ausgabe von Fr. 2'455'000 unterliegen dem fakultativen Referendum (Anträge 2 und 4).
6. Der Gemeinderat wird ermächtigt, zur Deckung ausgewiesener, teuerungsbedingter Mehrkosten Kredite zu bewilligen.
7. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Beschlussanträge.

7. Nachkredit zur Jahresrechnung 2011 – PG 32 Verkehrsordnung

Stadtratspräsident Keller Hansjörg teilt mit, dass die GPK mit der Behandlung dieses Geschäftes einen Auftrag formuliert hat. Der Auftrag liegt dem Stadtratsbüro vor und gilt als eingereicht.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Urech Peter verweist auf die ausführliche Vorlage. Zu den Coop-Parkplätzen müssen jedoch zusätzliche Informationen erfolgen. Dieser Bereich liegt jedoch in der Kompetenz des GR. Es handelt sich um gebundene Ausgaben. Der Beitrag wurde in der Vorlage aufgeführt um Transparenz zu schaffen. Wenn eine andere Lösung gefunden wird, muss die Überbauungsordnung entsprechend angepasst werden. Die Vereinbarung ist Teil der Überbauungsordnung. Die Rechtsgrundlage der Vereinbarung ist der so genannte Erschliessungsvertrag betreffend ZPP Schafroth-Areal, datiert aus dem Jahr 1997. In Ziffer 4 dieses Vertrages verpflichtete sich die damalige Handels- und Gewerbezentrum Schafroth AG in der unterirdischen Einstellhalle 120 Plätze als öffentliche Parkplätze zu be-

wirtschaften und diese das ganze Jahr während 24 Stunden offen zu halten. Im Gegenzug beteiligt sich die Stadt Burgdorf an den Kosten für die umfassenden Öffnungszeiten mit einem jährlichen Beitrag von Fr. 20'000.--. Die Kündigungsmöglichkeit ist nicht stipuliert. Im Vertrag steht lediglich, dass dieser Betrag für 10 Jahre gilt und kann anschliessend auf Begehren einer Partei, den seitherigen Veränderungen angepasst werden. Seitens der GPK ist ein entsprechender Auftrag eingereicht worden mit folgendem Wortlaut: „Die Mitglieder der GPK beantragen dem Stadtrat, den Gemeinderat zu beauftragen, den Vertrag mit der Coop Genossenschaft betreffend Parkplatzbewirtschaftung auf dem Areal Schafroth (vormals Handels- und Gewerbezentrum Schafroth AG Burgdorf) so rasch wie möglich zu kündigen, so dass die Kostenfolgen für 2012 möglichst vermieden werden.“ Die Verhandlungen mit Coop sind am Laufen. Bis jetzt ist noch kein entsprechendes Antwortschreiben eingetroffen. Die Verhandlungen werden zeigen, ob und in welcher Form das Anliegen umgesetzt wird. In diesem Zusammenhang wird geprüft, ob die Abrechnung über den Parkplatzfonds erfolgen kann oder nicht.

Beschlussanträge:

1. In der PG 32 Verkehrsordnung wird ein Nachkredit zur Jahresrechnung 2011 über CHF 340'000 bewilligt.
2. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt mit 33 Ja Stimmen und 2 Enthaltungen die Beschlussanträge.

8. Orientierungen GPK

a) Verwaltungskontrolle

Stadtrat Rappa Francesco, namens der GPK, teilt mit, dass die GPK aufgrund verschiedener Reglemente diverse Aufgaben im Auftrag des SR wahrnimmt. Unter anderem auch die Oberaufsicht über die Verwaltung gemäss Artikel 18 des Kommissionsreglements. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, führt die GPK eine jährliche Kontrolle in der Verwaltung durch. Diese Kontrollen haben primär die Aufgabe, der Verwaltung und dem GR zu helfen sich laufend zu verbessern. Die GPK will nicht als Polizei wahrgenommen werden. Die Verwaltungskontrolle soll als Audit verstanden werden. Als GR oder Leiter einer Direktion soll man das Instrument begrüssen, es gibt doch zusätzliche Inputs um die Organisationseinheit laufend zu überprüfen. Aber Achtung, es handelt sich um eine Momentaufnahme, basierend auf Aussagen der befragten Leiterinnen und Leiter sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der entsprechenden Direktion. Die GPK nimmt diese Aussagen ernst, behandelt diese vorurteilslos und unpolitisch, leitet Erkenntnisse daraus ab und formuliert allfällige Konsequenzen. Diese Konsequenzen münden anschliessend in einen möglichen Handlungsbedarf für die Verwaltung und den GR. Die GPK erteilt somit keine Aufträge, sondern versteht sich als Hinweisgeber für Korrekturen. Aussagen, welche sich aber über Jahre in den verschiedenen Direktionen wiederholen, animieren die GPK dazu, im Verwaltungsbericht noch deutlicher auf allfällige Mängel in der Organisation oder Kritiken an Prozessen, hinzuweisen. Deshalb ist es wichtig, dass der GR auf kritische Äusserungen, im Nachgang einer durchgeführten Verwaltungskontrolle, umgehend reagiert und sich bei den gemeinsamen Sitzungen mit der GPK dazu äussert. Damit kann der GR mögliche Fehlinterpretationen relativieren. Eine offene, stufengerechte Kommunikation ist also entscheidend für eine optimale Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, GR und der GPK, als Auftragnehmerin des SR. Ebenfalls ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass der Verwaltungskontrollbericht vertraulich ist. Die Einsichtnahme des Berichtes wird nur den Mitgliedern der GPK, dem Leiter der befragten Direktion und dem GR gewährt. Der GR entscheidet schlussendlich wie man mit dem Inhalt, respektive dem im Verwaltungskontrollbericht formulierten Handlungsbedarf umgeht. Der GR entscheidet über die stufengerechte Informationspolitik, das heisst, der GR verfügt wer, und unter welchen Auflagen, diesen Bericht erhält. Ein Verwaltungskontrollbericht soll aber auch dazu dienen den entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzliche Wertschätzung entgegenzubringen. Der Bericht soll als Führungsinstrument dienen, als Ergänzung zu den Mitarbeitergesprächen. Die Modalitäten der Verwaltungskontrolle sind im GPK-Handbuch festgehalten. Entsprechend dieser Vorgaben wurde die diesjährige Verwaltungskontrolle in der Einwohner- und Sicherheitsdirektion (ESiD) durchgeführt. Die Begründung dieser Wahl ist logisch und nachvollziehbar. Die ESiD stand noch nicht lange unter neuer Leitung. Herr Lüthi Urs begrüsst die Idee sehr und somit besuchte die GPK am 18. August 2011 die ESiD, am Kirchbühl 23 in Burgdorf. Kern der Erhebungen bildeten Interviews mit acht Mitarbeitenden, welche von Zweiertteams der GPK durchgeführt wurden. Die GPK dankt an dieser Stelle der Direktion im Allgemeinen und den befragten Mitarbeitenden im speziellen für die konstruktive Zusammenarbeit. Die Resultate der Erhe-

bungen wurden im Plenum der GPK zusammengetragen, im Verwaltungskontrollbericht zusammengeführt und mit Handlungsempfehlungen ergänzt. Zusätzlich wurden für den Bereich der Sicherheit in eigener Sache bei der Kantonspolizei des Kantons Bern schriftliche Auskünfte eingeholt. Dabei ging es grundsätzlich um die Zusammenarbeit mit der ESiD und die organisatorischen und rechtlichen Abgrenzungen. Beide Organisationen stellten sich gegenseitig ein sehr gutes Zeugnis aus. Die Zusammenarbeit der Kapo mit dem städtischen Sicherheitsdienst und auch den privaten Sicherheitsunternehmen wird als sehr angenehm und produktiv empfunden. In regelmässigen Zeitintervallen werden, unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen, gegenseitig Informationen ausgetauscht. Eine Optimierung drängt sich momentan nicht auf. Am 20. Oktober 2011 wurde der Verwaltungskontrollbericht von der GPK verabschiedet und anschliessend dem Leiter der ESiD, Herr Lüthi Urs, und der zuständigen Ressortchefin, Gemeinderätin Rechner Beatrix, zugestellt. Am 3. November 2011 fand dann die Besprechung zwischen diesen Personen und dem Vizepräsidenten, dem Sekretär und Präsidenten der GPK statt. Bei dieser Besprechung wurden Fragen beantwortet oder allfällige Missverständnisse geklärt. Die Zusammenkunft wurde protokolliert und bildete gemeinsam mit dem Verwaltungskontrollbericht die Grundlage für die Aussprache mit dem GR, welche am 28. November 2011 stattfand. Auch von dieser Aussprache wurde ein Protokoll erstellt. Der Verwaltungskontrollbericht wurde auch mit diesem Protokoll ergänzt. Begonnen hat die Verwaltungskontrolle vom 18. August 2011 in der ESiD mit einer Kurzpräsentation von Herr Lüthi Urs, begleitet von den anschliessend zu befragenden Mitarbeitenden. Dabei informierte Herr Lüthi Urs über die Aufgaben, die Organisation und die wichtigsten Vorhaben. Allgemein hinterlässt die ESiD einen guten Eindruck, dies wie bereits erwähnt vor allem vor dem Hintergrund der noch nicht weit zurückliegenden Reorganisation und der zahlreichen Führungswechsel in den letzten Jahren. Die ESiD verfügt heute mit der Gliederung in Fachbereiche über eine klare und sachgerechte Führungsstruktur. Diese entspricht allerdings nicht vollumfänglich der Produktgruppe-Struktur der NPM-Steuerung. Die Produkte können aber den Fachbereichen zugeordnet werden, es besteht kein Handlungsbedarf. Die ESiD verfügt nicht über eine eigentliche Geschäftskontrolle oder über ein konzises Dokumentenmanagement. Verschiedene Mitarbeitende der Direktion haben angeregt, ein Geschäftsverwaltungssystem zu beschaffen. Damit könnte ein einheitliches Dokumentenmanagement gewährleistet werden. In der ESiD fehlen aktuelle und unterzeichnete Pflichtenhefte beziehungsweise Funktionsbeschreibungen. Diese sollten rasch aktualisiert werden. Beim Datenschutz sieht die GPK ein Nachholbedarf. Es fehlen in der ESiD Weisungen zum Datenschutz und in der Regel auch eine Ausbildung der Mitarbeitenden. Die Situation erinnert an jene in anderen Direktionen in den Vorjahren. Es stellt sich mithin die Frage nach einem verwaltungsinternen Angebot für eine Ausbildung in Sachen Datenschutz. Die Ordnungs- und Sicherheitsdienste haben einen Bestand von vier Vollstellen. Diese bewältigen ein ausserordentliches Pensum. Aus Sicht der GPK muss diesem Umstand Rechnung getragen werden, damit der Auftrag auch künftig erfüllt werden kann. Aufgrund von Beobachtungen nimmt die Prostitution in der Oberstadt in Privatwohnungen zu. Die könnte neue Unruheherde schaffen und steht im Widerspruch zu den planerischen Absichten der Stadt Burgdorf. Die ESiD respektive der Ordnungs- und Sicherheitsdienst ist gegen diese Situation machtlos, fehlt es doch an einer Rechtsgrundlage zum Handeln. Die GPK ist froh, dass entsprechende, raumplanerische Massnahmen bereits eingeleitet worden sind. Mit der Trauerbegleitung bietet die Stadt Burgdorf eine freiwillige städtische Dienstleistung an, welche über entsprechende Dienstleistungen anderer Gemeinden weit hinausgeht. Die GPK hat sich im Rahmen der Verwaltungskontrolle bewusst die Frage gestellt, ob auf die Trauerbegleitung verzichtet werden könnte. Die Abklärungen während der Kontrolle haben gezeigt, dass die Trauerbegleitung einerseits einem grossen Bedürfnis entspricht, in zirka 95% der Todesfälle wird das Angebot genutzt, und andererseits wohl auch die Arbeit verschiedener Behörden entlastet. Die GPK kommt somit klar zum Schluss, dass die Trauerbegleitung weiterhin anzubieten sei. Handlungsbedarf sieht die GPK darin, die Anstellungsbedingungen der Trauerbegleiterinnen zu überprüfen. Diese leisten einen Dienst auf Abruf, was zu persönlichen und organisatorischen Schwierigkeiten führen kann. Die ESiD ist klar auf Kurs und man merkt, dass sie ausgezeichnet geführt wird. Im Namen der GPK wünscht man der ESiD weiterhin den Elan und Erfolg beim Erreichen der gesteckten Ziele 2012. Die GPK möchte es auch nicht unterlassen Frau Kieliger Romy herzlich zu danken. Frau Kieliger Romy hat sich im Rahmen der verschiedenen Führungswechsel immer stellvertretend für die ad interim Leitung zur Verfügung gestellt. Ihre Loyalität war und ist absolut vorbildlich. Stadtrat Rappa Francesco dankt den Mitgliedern der GPK und dem hervorragenden Sekretär für die im Jahr 2011 tolle Mitarbeit. Dem GR wird ebenfalls für die konstruktive Zusammenarbeit gedankt. Stadtrat Rappa Francesco freut sich auf 2012.

b) Datenschutz

Stadtrat Rappa Francesco, namens der GPK, informiert, dass gemäss Artikel 33 Absatz 1 des kantonalen Datenschutzgesetzes (KDGS) jede Gemeinde im Kanton Bern eine Aufsichtsstelle für den Datenschutz bezeichnet. Diese steht unter der Oberaufsicht der kantonalen Datenschutzaufsichtsstelle. Die Stadt Burgdorf hat durch die entsprechenden Reglemente die GPK des SR mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe beauftragt (Artikel 18 Absatz 2 des Kommissionsreglements und Artikel 10 des Datenschutzreglements). Die GPK informiert den SR jährlich über ihre Tätigkeit als Aufsichtsstelle für den Datenschutz (Artikel 34 Absatz 1 Bst. M KDSG, Artikel 14 Absatz 2 DSR). Dazu dient ein Bericht, der im Internet veröffentlicht wird. Der Bericht wird erstmals für das Jahr 2011 erstellt. Dieser Bericht liegt nun dem SR zur Kenntnis vor und wird auf der Homepage der Stadt Burgdorf unter Datenschutz per Heute aufgeschaltet.

Der Stadtrat nimmt die Orientierungen zur Kenntnis.

9. Auftrag SP / GFL / EVP Fraktion betreffend Beitritt der Localnet AG zum Wirtschaftsverband „SwissCleanTech“

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, informiert, dass wir heute gelernt haben, dass die Zeit von den Stadträtinnen und Stadträten ein kostbares Gut ist. Wir müssen heute nicht unsere wertvolle Zeit vergeuden, um über ein solches wichtiges Geschäft zu debattieren, wie Stadtrat Gnehm Urs in den Akten zitiert wird. Mit dem Beitritt der Localnet zum Wirtschaftsverband SwissCleanTech wurde in einem geschickten Schachzug und in vorauseilendem Gehorsam dem Auftrag die Grundlage entzogen. Natürlich hätte man den Auftrag klammheimlich zurück ziehen können und dem GR eine längere Erörterung seiner formellen und materiellen Probleme ersparen können. Doch man gibt unumwunden zu, es ging primär um ein ideelles Zeichen, aber auch um den Beitritt zu einem wirtschaftlichen Netzwerk, dass sich mit Ressourcen- und Energieeffizienz identifiziert. Der GR vertritt die Meinung, der Beitritt zu einer ideellen Organisation sei lediglich Gegenstand der Geschäftsführung der Localnet. Dennoch sollte die Stadt Burgdorf als Eigentümerin gewisse inhaltliche Interessen deponieren können. Wenn beispielsweise die Localnet einem Club „Freunde der AKW“ beitreten würde, wäre dies vielleicht aus Sicht des GR nicht opportun. Den Auftrag hätte man durchaus zum Anlass nehmen können, über die grundsätzliche Haltung der Stadt Burgdorf zu einer Positionierung der Localnet in Bezug auf nachhaltiges Wirtschaften zu debattieren. Dazu war vermutlich der Auftragstext zu spezifisch formuliert. Mit der Erarbeitung des Energierichtplanes erhalten wir voraussichtlich die Gelegenheit, diese Diskussion breiter zu führen. Der Auftrag wird zurückgezogen. Man freut sich über die verblüffend vorzeitige Wirkung des zurückgezogenen Auftrages.

Der Auftrag wird zurückgezogen.

10. Dringliche Interpellation Michael Ritter (GLP) betreffend Schutzwürdigkeit der Markthalle

Stadtrat Ritter Michael dankt dem GR für die umfassende Stellungnahme und erklärt sich zu den Fragen 1, 4 und 5 befriedigt sowie zu den Fragen 2 und 3 teilweise befriedigt. Es stellt sich die Frage, wie die Entlassung des Inventars im Verhältnis zum Verbot schützenswertes Gebäude steht. Wenn man die Stellungnahme liest, beantwortet sich die Frage.

Der Interpellant erklärt sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme zu den Fragen 1, 4 und 5 befriedigt und zu den Fragen 2 und 3 teilweise befriedigt.

11. Dringliche Interpellation SP-Fraktion betreffend Zukunft der PRE

Gemeinderat Urech Peter verweist auf die ausführliche schriftliche Stellungnahme. Die Antwort wurde im November 2011 verfasst und seither hat es ein paar Ergänzungen gegeben, die noch mitgeteilt werden müssen. Es ist nun definitiv, dass das Spital aus der PRE austreten wird. Die Ausfinanzierung der Deckungslücke beträgt rund 10 Mio. Franken und wird in die neu gegründete Stiftung fliessen. Die PRE, als bisherige Institution, wird die Austrittsberechnung auf Basis von zirka 80% machen, was ungefähr den Betrag von 50 Mio. Franken betrifft. Die definitive Abrechnung wird auf der Basis der

Rechnung per 31. Dezember 2011 erfolgen. Gestützt auf den dann festgestellten Deckungsgrad der PRE wird dies bis zirka Mitte 2012 feststehen. Der Austritt des Spitals befindet sich auf gutem Weg. Das Spital hat am 21. November 2011 die Personalvorsorgestiftung RESPIRA gegründet. Diese wurde im Handelsregister am 23. November 2011 eingetragen. Dem Stiftungsrat gehört unter anderem der Stadtratspräsident Keller Hansjörg an und zwar als Vizepräsident der Arbeitnehmerversicherung. Er kennt diese Aufgabe gut, denn er war bisher auch Vizepräsident der PRE. Die mündliche Zusicherung der Stiftungsaufsicht liegt vor, die schriftliche erfolgt in einigen Tagen. Die Stiftungsaufsicht begleitet den Liquiditätsprozess von Amtes wegen. Die PRE wird durch den PK-Experten, Herr Gerber Stefan, kompetent beraten. Der PK-Experte hat bereits bei einigen Teilliquiditätsprozessen mitgeholfen. Die Rentner der RSE AG werden voraussichtlich in der PRE verbleiben. Dies hat jedoch Auswirkungen auf das Zahlenverhältnis zwischen den aktiv Versicherten und den Rentnern. Dies gibt ein massives Ungleichgewicht. Die Rentner werden die Mehrheit gegenüber den Aktiven ausmachen. Bei diesem Verhältnis ist eindeutig, was das für die Zukunft der PRE bedeutet. Detaillierte Angaben zu den einzelnen Auswirkungen können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gemacht werden. Es ist noch offen, ob der Übertrag der Austrittsleistung bar oder teilweise mit Wertschriften oder Immobilien erfolgen soll. Dies ist Gegenstand der laufenden Abklärungen. Der Stiftungsrat der PRE wird von bisher 6 auf 4 Mitglieder reduziert. Bis jetzt waren jeweils 3 Vertreter der RSE AG und der Stadt Burgdorf im Stiftungsrat. Der Stiftungsrat muss weiterhin paritätisch bleiben. Seitens des Arbeitgebers sind Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth und Gemeinderat Urech Peter sowie seitens der Arbeitnehmer Herr Bärtschi Werner im Stiftungsrat. Für die Arbeitnehmerseite muss ein neues Mitglied der Stadt Burgdorf gefunden werden. Es müssen gewisse Anpassungen im Reglement erfolgen. Seit rund 1½ Jahren läuft ein Strategieprozess. Man hat lange über die Ausrichtung der PRE diskutiert und das immer mit der Grundlage, dass das Spital dabei ist. Jetzt müssen diese Arbeiten wieder bei null beginnen. Dies ist leider so und muss halt gemacht werden. Es muss nun abgeklärt werden, in welcher Form die PRE weiterbestehen soll. Die Verwaltungskosten wurden reduziert. Die PRE ist neu im Verwaltungsgebäude der Stadt Burgdorf am Kirchbühl 23 untergebracht. Die Abklärungen müssen nun in einem intensiven Prozess abgeklärt werden. Das Kosten- und Nutzenverhältnis muss stimmen. Mit den Abklärungen wurde Know-how generiert. Die Stiftungsmitglieder haben in den letzten Jahren viel miterlebt, wie zum Beispiel der Primatwechsel, die Finanzkrise mit der Unterdeckungsproblematik, die Kündigung des Anschlussvertrages und die Teilliquidation.

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP-Fraktion, ist grundsätzlich von der Stellungnahme befriedigt. Zur Frage 7 erklärt sich Stadtrat Penner Nadaw als unbefriedigt. Es hat ein intensiver Prozess stattgefunden für die Arbeitnehmer. Man hofft auf weitere Informationen im SR.

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme zur Frage 7 unbefriedigt und zu den restlichen Fragen befriedigt.

12. Wahl des Stadtratsbüros für das Jahr 2012

➤ der Präsidentin / des Präsidenten

Stadträtin Rüfenacht Andrea, namens der SP-Fraktion, schlägt Berger Stefan als Stadtratspräsident vor.

Einstimmig bei 1 Enthaltung wird Herr Berger Stefan als Stadtratspräsident gewählt.

➤ der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, schlägt Ingold Rolf als 1. Vizepräsident vor.

Einstimmig bei 1 Enthaltung wird Herr Ingold Rolf als 1. Vizepräsident gewählt.

➤ **der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten**

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, schlägt Meier Christine als 2. Vizepräsidentin vor. Turnusgemäss ist die GFL-Fraktion an der Reihe, das 2. Vizepräsidium zu stellen. Stadtrat Bucher Theophil stellt kurz Stadträtin Meier Christine vor.

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP-Fraktion, schlägt Rosser Bruno als 2. Vizepräsident vor. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass turnusgemäss die SVP-Fraktion an der Reihe ist, das 2. Vizepräsidium zu stellen. Stadtrat Leibundgut Remo stellt kurz Stadtrat Rosser Bruno vor.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, verweist darauf, dass es hier eine annähernde Parität gibt zwischen den eher rechtsbürgerlichen Parteien und der RGM-Seite. Deshalb ist es richtig, auch in Zukunft an diesem Wechsel festzuhalten. Die GFL-Fraktion stellt den Antrag auf geheime Wahlen.

Antrag GFL
Geheime Wahlen

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP-Fraktion, möchte wissen, was unter RGM zu verstehen ist. Wenn damit die Mitte gemeint ist, wären sie nicht an der Reihe, denn vor einem Jahr hatte Aeschlimann Martin das Amt des Stadtratspräsidenten inne.

Stadtratspräsident Keller Hansjörg informiert über das Wahlprozedere gemäss Artikel 20 des SR-Reglements. Bei Wahlen entscheidet im ersten Wahlgang das absolute Mehr der Stimmenden, im zweiten das relative und bei Stimmengleichheit das Los. Es sind 35 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.

Ausgeteilte Stimmzettel:	35
Eingegangene Stimmzettel:	35
Ungültige:	0

Rosser Bruno:	17
Meier Christine:	18

Mit 18 Stimmen wird Frau Meier Christine als 2. Vizepräsidentin gewählt.

➤ **von 2 Stimmzähler**

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP-Fraktion, schlägt Gerber Thomas als Stimmzähler vor.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass man mit der Wahl von Stadträtin Meier Christine als 2. Vizepräsidentin den Sitz als Stimmzähler zur Verfügung stellt.

Stadtrat Righetti Sandro, namens der FDP-Fraktion, schlägt Fankhauser Larissa als Stimmzählerin vor.

Einstimmig bei 2 Enthaltungen werden Gerber Thomas und Fankhauser Larissa als Stimmzählende gewählt.

13. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es werden folgende Parlamentarischer Aufträge eingereicht:

- Auftrag Grünen Freien Liste betreffend 100% erneuerbarer Strombezug der Stadtverwaltung
- Auftrag Grünen Freien Liste betreffend Abfallkonzept für öffentliche Grossanlässe

Schlussworte Stadtratspräsident Keller Hansjörg

In 19 Tagen ist mein Präsidialjahr im Burgdorfer Parlament vorbei und Geschichte. Nebst den Stadtratssitzungen und den Informationsabenden hatte ich auch etliche Auftritte, bei denen ich unsere Stadt als Repräsentant vertreten durfte. Hierzu eine kleine Anekdote: Ich durfte der Stadtregierung von Frauenfeld, die auf ihrem Jahresausflug Burgdorf besuchten, die Grussworte der Stadt Burgdorf überbringen. Was niemand wusste, war, dass gleichzeitig eine andere Gruppe von Frauenfeld, nämlich das ehemalige OK vom ESAF Frauenfeld, in Burgdorf unterwegs war. Ich habe also wie per Mail abgemacht beim alten Schlachthaus gewartet und habe, als die Gruppe ankam, sie im Namen der Stadt begrüsst. Als wir dann den Irrtum bemerkten, hat das recht viel Heiterkeit ausgelöst. Diese Gruppe wusste nämlich auch nichts von der Anderen. Letztendlich habe ich dann also eben beide Gruppen im Namen der Stadt begrüsst, zuerst ohne, dann mit Apéro. Diese Aufgaben haben mir Freude bereitet und ich habe die Zeit genossen. Ich hatte viele interessante und schöne Begegnungen, viel Neues kennen gelernt, gesehen und immer wieder gestaunt, was in Burgdorf alles so läuft. Es geschieht im Laufe eines Jahres hier in Burgdorf viel, sehr viel. Es finden viele Veranstaltungen auf verschiedenster Basis statt, von Vereinen und anderen Veranstaltern organisiert, die in Burgdorf etwas bewegen, die uns in Burgdorf etwas bieten, die das Leben in Burgdorf zusätzlich lebenswert machen. Damit ein Aufruf an alle: Macht weiter so. Wir wollen alle das Beste für Burgdorf. Nun will ich mich noch bedanken: Dem Ratsbüro für seine Unterstützung. Dann vor allem bei Brigitte Henzi. Sie hat immer an alles gedacht und ohne ihren geschätzten Support wäre meine Arbeit um einiges aufwändiger geworden. Bei Euch Stadträtinnen und Stadträte für die Arbeit im Rat, vor allem aber auch denen in den Kommissionen, Arbeitsgruppen und an den runden Tischen. Bedanken möchte ich mich aber auch beim Gemeinderat für die gute Zusammenarbeit und seine Präsenz während den Sitzungen. Bei Roman Schenk für seine Unterstützung und bei allen Direktionsleitern und Auskunftspersonen und – nicht zuletzt – allen hilfsbereiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Danken möchte ich auch den Medienschaffenden für ihre objektive Berichterstattung. Zu Ende geht nicht nur mein Jahr als Stadtratspräsident. Ebenso zu Ende geht mein politischer Lebensabschnitt als Stadtrat. Ich war 11 Jahre im Stadtrat und davon auch 8 Jahre in der GPK. Ich habe in dieser Zeit viel erlebt, gesehen, aber auch viel gelernt. Ich habe ein paar Sachen bewegen können, auch wenn es nicht immer nur zur Freude der Betroffenen war. Trotz der vielen zusätzlichen Arbeit in der Freizeit war es eine gute Zeit. Nun lasse ich mich politisch pensionieren. Dem Stadtrat wünsche ich für die Zukunft viel Weisheit und Voraussicht für gute politische Entscheidungen, vor allem erstmals fürs nächste Jahr, wo einige recht happige Brocken und Geschäfte auf Euch warten! Nicht vergessen: Wir wollen alle das Beste für Burgdorf. Schaut voraus, denn wer vorwärts geht und zurückschaut, der stolpert. Dem Gemeinderat wünsche ich viel Zeit, Motivation und Einsatzwille die Stadt trotz aller Widrigkeiten (zum Beispiel von der Grossstadt im Westen) weiter in eine gute Zukunft zu führen. Macht das Beste weiter für Burgdorf. Und dir, liebe Elisabeth, möchte ich ganz einfach danken, dass ich mit dir noch eine Stadtpräsidentin erleben durfte, die sich voll und ganz für die Stadt einsetzt. Ich wünsche dir ganz viel Kraft und Gesundheit, dass du so weiter machen kannst. Vielen Dank.

Stadtrat Berger Stefan teilt mit, dass der Vorsitzende nach dem GPK-Präsidium nun auch das SR-Präsidium abgibt. Mit Geduld und umsichtiger Leistung hat Stadtratspräsident Keller Hansjörg den SR durch alle die Sitzungen geführt. Es war sicher nicht immer einfach, aber er hat den SR im Zaum gehalten. Ab dem nächsten Jahr kann er seinen politischen Ruhestand geniessen. Dazu wünschen wir dem Vorsitzenden alles Gute und hoffen, dass er sich auch weiterhin in irgendeiner Form daran beteiligt. Heute trennen sich unsere politischen Wege. Stadtrat Berger Stefan hat den Vorsitzenden als GPK-Präsidenten kennen gelernt, wo er wichtige Geschäfte behandelt hat. Auch wenn man nicht immer auf der gleichen Seite gestanden ist, hat man sich am Schluss bei einem Glas Wein gefunden. Stadtrat Berger Stefan dankt Stadtratspräsident Keller Hansjörg für seine geleistete Arbeit und wünscht ihm für die Zukunft nur das Beste.

Gemeinderat Urech Peter, namens der FDP, dankt Stadtratspräsident Keller Hansjörg für sein politisches Engagement. Bei den Wahlen im Jahr 2000 wurde er auf Anhieb in den SR gewählt und sitzt nun seit dem 1. Januar 2001 im SR. Im Jahr 2009 wurde er zum 2. Vizepräsidenten und im Jahr 2010

zum 1. Vizepräsidenten gewählt. Im Jahr 2011 präsierte er den SR. Per 1. Januar 2003 wurde er in die GPK gewählt. Im 2004 wurde er Vizepräsident der GPK und ab 2005 bis 2010 war er Präsident der GPK. Stadtratspräsident Keller Hansjörg war immer sehr fair. Es gab eine schwierige Situation, aber auch dann verliefen die Gespräche auf eine faire und gute Art. Im Jahr 2010 war er zudem Mitglied der Kommission Gemeindepolizeireglement. Für den Moment tritt er von der politischen Bühne ab. Es ist aber nicht so, dass er nichts mehr zu tun und die Hände in den Schoss legen kann. Die offizielle Verabschiedung der FDP erfolgt parteiintern.

Stadtrat Eberhard Werner teilt mit, dass er am 2. September 2011 seinen 65. Geburtstag feiern durfte. Er ist der Meinung, dass es ein Datum ist, welches man nicht verpassen sollte. Im kommenden Jahr sind Neuwahlen und es ist richtig, dass die heutige Generation die Geschicke in die Hand nimmt. Im vergangenen Jahr hatte er auch eine Herzoperation, welche ihm erst im Nachhinein bewusst wurde. Ein Bundesrat sagte einmal zu seinen Beamten, als es noch welche gab, dass Beamten nicht das Gesetz gegenüber dem Bürger zu vertreten haben, sondern den Bürger gegenüber dem Gesetz. In diesem Sinne versuchte Stadtrat Eberhard Werner auch stets zu arbeiten und zu politisieren. Ein Parlamentarier ist auch eine Ombudsperson und soll die Bürger gegenüber der Verwaltung, den Gesetzen vertreten. Somit war es heute seine letzte Stadtratssitzung. Stadtrat Eberhard Werner dankt allen für die gute Zusammenarbeit. Keiner kann für sich alleine leben. Jeder hat den Mitmenschen und die Gesellschaft nötig.

Stadtrat Ingold Rolf dankt für die Wahl als 1. Vizepräsidenten. Im weiteren informiert er über die Sportlerehrung vom 20. Januar 2012 in der Markthalle Burgdorf. Dieses Mal jedoch nicht in Zusammenarbeit mit der Burgergemeinde, aber trotzdem nicht minder herzlich und hoffentlich in einem würdigen und schönen Rahmen. Es ist schwierig, nach Thierry Carell wieder eine grosse Persönlichkeit zu präsentieren. Man war auf der Suche. Stadtrat Ingold Rolf verspricht, dass ein spannender Sportler gefunden werden konnte. Die Veranstalter würden sich über eine rege Teilnahme der Mitglieder des SR und GR an der Sportlerehrung freuen.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass am 15. Dezember 2011 in der Burgdorfer Oberstadt der Anlass Kultur schafft Bildung stattfindet. Es handelt sich um eine Benefizveranstaltung des Gymnasiums Burgdorf. Der Anlass findet ab 19.00 Uhr bis Mitternacht statt. Es sind spannende Veranstaltungen geplant und man kann diese von Ort zu Ort besuchen. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth dankt dem Vorsitzenden für sein Engagement und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Schluss der Sitzung: 19.30 Uhr

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident

Hansjörg Keller

Für das Protokoll

Brigitte Henzi

Burgdorf, 20. Januar 2011 / hbr